



## MORNING NEWS

3. Mai 2022

INDEX	SCHLUSS	VERÄNDERUNG net	%	VORTAG	INDEX	SCHLUSS	VERÄNDERUNG net	%	VORTAG
DAX	13.939,07	-158,81	-1,13	14.097,88	DJ 30	33.061,50	84,29	0,26	32.977,21
MDAX	29.521,41	-571,65	-1,90	30.093,06	NASDAQ	13.075,85	221,05	1,72	12.854,80
TEC DAX	3.081,07	-54,24	-1,73	3.135,31	Nikkei 225	Börse	geschl.		
Euro Stoxx50	3.732,44	-70,42	-1,85	3.802,86	Hang Seng	Börse	geschl.		
Bund Future	153,53	0,04	0,03	153,49	Euro / US-\$	1,0506	-0,00	-0,01	1,0507
Gold in US-\$	1.858,63	-4,39	-0,24	1.863,02	Öl (Brent) US-\$	107,30	-0,28	-0,26	107,58
Bitcoin / US-\$	38.531,66	218,89	0,57	38.312,41	Ethereum / US-\$	2.852,83	25,97	0,92	2.826,87

### Vorbörsliche Indikationen (07:00 Uhr)

INDEX	INDIKATION	ABSOLUTE VERÄNDERUNG (zum Schlusskurs Vortag)
DAX	14.026	+87
NASDAQ Future	13.135,25	+62,25

AKTIE	PARITÄT €	VERÄNDERUNG €	%	SCHLUSSKURS XETRA in €	SCHLUSSKURS NYSE in \$	VOLUMEN NYSE
SAP AG	97,47	0,96	0,01	96,51	102,41	1.658.116,00
Nokia OJ	4,88	0,04	0,01	4,84	5,13	56.168.753,00

### Unternehmenstermine

UNTERNEHMEN	RIC	ANLASS	ZEIT	SCHÄTZUNG
DAX / MDAX		Quartalsergebnisse entnehmen Sie bitte dem Anhang		
Europäische Unternehmen		<b>Logitech</b> (03:00 Gj), <b>ams-Osram</b> (07:00 Q1), <b>BNP Paribas</b> (07:00 Q1), <b>DSM</b> (07:00 Q1), <b>Norsk Hydro</b> (07:00 Q1), <b>BP</b> (08:00 Q1), <b>Universal Music Group</b> (Q1); <b>Telenor</b> (Q1)		

Quelle: Bloomberg/dpa/AFX

### Konjunkturtermine

LAND	INDIKATOR	MONAT	UHRZEIT	SCHÄTZUNG
D	Arbeitslose (Änderung)	April	09:55	-15.000 (-18.000)
EWU	PPI (m/m)	März	11:00	5,0% (1,1%)
EWU	PPI (y/y)	März	11:00	36,3% (31,4%)
EWU	Arbeitslosenquote	März	11:00	6,8% (6,8%)
USA	Auftragseingang Industrie	März	16:00	1,2% (-0,5%)
USA	Auftragseingang langlebiger Güter, final	März	16:00	0,8% (0,8%)
USA	Auftragseingang langlebiger Güter ex transport, final	März	16:00	1,1% (1,1%)
USA	API Ölbericht	Vorwoche	22:30	n/a
USA	Wards Kfz-Umsatz gesamt	April	n/a	14,10 (13,33) Mio

Quelle: Bloomberg

### Wall Street Schlussbericht

VOLUMEN	GEHANDELTE AKTIEN (in Mrd.)	US-STAATSANLEIHEN	VERÄNDERUNG	RENDITE (Yield)
Volumen NYSE	1,20 (1,44)	10-jährige Bonds	-0,7969	2,98%
Volumen NASDAQ	4,69 (4,51)	30-jährige Bonds	-1,6719	3,04%

()=Vortag

Die **US-Börsen** haben **nach einer Berg- und Talfahrt** am Montag **im Plus geschlossen**. Investoren griffen vor allem bei **Hochtechnologiewerten** zu, die in letzter Zeit unter die Räder gekommen waren. Der Dow-Jones-Index der Standardwerte ging 0,3 Prozent höher auf 33.061 Punkten aus dem Handel. Der technologielastige Nasdaq rückte 1,6 Prozent auf 12.536 Punkte vor. Der breit gefasste S&P 500 legte 0,6 Prozent auf 4155 Punkte zu.

Im frühen Geschäft hatten sich die Anleger an der Wall Street wegen der **erwarteten Zinserhöhung der US-Notenbank** Fed zunächst nicht aus der Deckung getraut. "Jeder weiß, dass die Zinserhöhung kommen wird ... was die Menschen ein wenig verunsichert, ist die Frage, wie die Leitlinien von Powell aussehen werden", sagte Thomas Hayes von Great Hill Capital in New York. Börsianer wetten auf eine Reihe von aggressiven Zinserhöhungen bis zum Sommer. Daher werden Investoren die Äußerungen von Fed-Chef Jerome Powell genau auf Hinweise zu den geplanten Schritten abklopfen. Für die Sitzung am Mittwoch hat Powell bereits signalisiert, dass eine Erhöhung um einen halben Punkt ansteht.

Daran werde wohl auch nicht das im April überraschend abgeschwächte Wachstumstempo der US-Industrie etwas ändern, erklärte Helaba-Ökonom Ralf Umlauf. "Das wichtige, nationale Stimmungsbarometer der US-Industrie fällt solide aus, obwohl die Erwartungen klar verfehlt wurden." Auch das Barometer für die Laune der Einkaufsmanager aus der chinesischen Industrie fiel überraschend stark und verdeutlichte Analysten zufolge den Schaden von Corona-Lockdowns für die Wirtschaft.

"Es ist ein Warte-Spiel", sagte Dennis Dick, Händler bei Bright Trading. "Wir müssen abwarten, was die US-Notenbank sagt, wie die Inflationsdaten Ende nächster Woche aussehen und wir haben in dieser Woche eine Reihe von Unternehmenszahlen."

Bei den Einzelwerten erholten sich **Amazon**-Aktien leicht um 0,2 Prozent, nachdem der Online-Händler am Freitag nach enttäuschenden Geschäftszahlen um 14 Prozent eingebrochen war. Auch **Apple** rückte um 0,2 Prozent vor. Die Titel des iPhone-Herstellers hatten zunächst nachgegeben, nachdem ein zurückhaltender Ausblick die Aktie schon am Freitag belastet hatte. Dem US-Konzern droht in der Europäischen Union wegen des Bezahlendienstes Apple Pay eine hohe Kartellstrafe.

Die Aktien der Facebook-Muttergesellschaft **Meta** zogen 5,3 Prozent an, nachdem sie im vergangenen Monat fast zehn Prozent gefallen waren. Auch die Anteilscheine von **Microsoft**, **Tesla** und **Nvidia** legten nach heftigen Kursrückgängen im April zwischen 2,5 und 5,3 Prozent zu.

Zugleich folgten Investoren Börsenguru Warren Buffett und griffen bei Anteilscheinen von **Activision Blizzard** zu. Die Titel des Anbieters von Videospiele wie "Call of Duty" oder "Candy Crush" zogen um mehr als drei Prozent an. Buffetts Beteiligungsfirma Berkshire Hathaway baute eigenen Angaben zufolge ihren Anteil auf 9,5 Prozent aus.

Die Anteilscheine des Chipherstellers **Qualcomm** verteuerten sich um vier Prozent. Für Rückenwind sorgte, dass Volkswagen bei der Entwicklung selbstfahrender Autos auf Qualcomm-Chips setzt.

## US Unternehmen

**Tesla-Chef** Elon Musk führt Insidern zufolge **Gespräche über eine geänderte Finanzierungsstrategie** bei seiner geplanten Übernahme von **Twitter**. Musk spreche mit großen Investmentfirmen und vermögenden Privatpersonen über eine stärkere Beteiligung an dem Geschäft mit einem Volumen von 44 Milliarden Dollar, wie mehrere mit dem Vorgang vertraute Personen der Nachrichtenagentur *Reuters* sagten. Damit könnte der laut Forbes reichste Mann der Welt seinen Eigenkapital-Anteil senken. Besprochen werde auch eine Beteiligung über eine Form von Vorzugskapital mit fester Dividende. Musk habe zudem bei großen Twitter-Aktionären angefragt, ob sie ihr Geld in dem Unternehmen lassen könnten, statt sein Bar-Angebot für die Anteile anzunehmen. Der ehemalige Twitter-Chef Jack Dorsey prüfe etwa diesen Schritt, sagte einer der Insider.

## Marktmeldungen

In **Japan**, **Singapur** und **China** bleiben die Börsen heute aufgrund eines **Feiertags** geschlossen.

Das **Robert-Koch-Institut** (RKI) meldet 113.522 **Neuinfektionen** binnen 24 Stunden. Das sind 23.276 Fälle weniger als am Dienstag vergangener Woche, als 136.798 Corona-Infektionen gemeldet wurden. Die bundesweite **Sieben-Tage-**



**Inzidenz** sinkt auf 632,2 von 666,4 am Vortag. 240 weitere Menschen starben im Zusammenhang mit dem Virus. Damit erhöht sich die **Zahl der gemeldeten Todesfälle** auf 135.701 (Reuters).

**Bundeskanzler** Olaf Scholz hat nach wie vor keine konkreten Pläne für einen **Besuch in Kiew** und begründet dies mit der **Ausladung von Bundespräsident** Frank-Walter Steinmeier durch die ukrainische Regierung. Dies sei "ein bemerkenswerter Vorgang" gewesen, sagt Scholz in der *ZDF-Sendung "Was nun?"*. Dass der Bundespräsident, der gerade von der Bundesversammlung mit überwältigender Mehrheit wiedergewählt worden sei, zur unerwünschten Person erklärt worden sei, "das kann man nicht machen". Scholz betonte, Deutschland habe der Ukraine viel militärische und wirtschaftliche Hilfe geleistet. Da könne es nicht sein, dass man dann sage, "der Präsident kann aber nicht kommen" (Reuters).

**Ziel der westlichen Hilfe für die Ukraine** muss nach Angaben von **Kanzler** Olaf Scholz sein, dass sich das Land gegen Russland behaupten kann. "Unser Ziel muss sein, dass die Ukraine ihre Souveränität, ihre Freiheit und ihren Wunsch, in einem demokratischen Land zu leben, verteidigen kann", sagte Scholz am Montagabend im *ZDF*. "Unser Ziel ist, dass es sofort zum Ende der Kampfhandlungen kommt, dass Russland den Krieg beendet und seine Soldaten aus der Ukraine zurückzieht", sagt Scholz in der *ZDF-Sendung "Was nun?"*. "Russland darf nicht gewinnen, und die Ukraine darf nicht verlieren." Einen von Russlands Präsidenten Wladimir Putin vorgegebenen Diktatfrieden dürfe es nicht geben. Russland müsse sich aus dem Territorium der Ukraine zurückziehen, sagt Scholz. Auch die Annektion der Halbinsel Krim 2014 bleibe ein Bruch des Völkerrechts. Er stellte sich damit auf Nachfrage nicht hinter die Aussage etwa von **US-Verteidigungsminister** Lloyd Austin, dass es auch Ziel sein müsse, Russland so zu schwächen, dass von dem Land kein erneuerter Angriffskrieg ausgehen könne (Reuters).

**Bundeswirtschaftsminister** Robert Habeck hat nach einem Treffen der EU-Energieminister in Brüssel ein **Öl-Embargo gegen Russland** als "sehr wahrscheinlich" bezeichnet. Morgen werde die EU-Kommission Vorschläge für ein sechstes Sanktionspaket vorlegen, sagte Habeck am Montagabend in den *ARD-Tagesthemen* einer redaktionellen Fassung zufolge. "Da wird sicherlich einiges zu Öl drin stehen", erklärte der Minister. Er sei zuversichtlich, dass es gelingen werde, "auch widerspenstige Staaten zur Zustimmung zu bewegen". Ein Embargo werde zu einem Anstieg der globalen Öl-Preise führen, sagte Habeck weiter. Man müsse sehr aufpassen, dass der russische Präsident Wladimir Putin nicht "mit weniger Importen trotzdem mehr Einnahmen hat" (Reuters).

**Bundesaußenministerin** Annalena Baerbock droht einer Zeitung zufolge dem **russischen Präsidenten** Wladimir Putin mit einer **Anklage vor dem Kriegsverbrechertribunal in Den Haag**. "Der russische Präsident bricht auf brutalste Art und Weise mit dem internationalen Recht und mit dem humanitären Völkerrecht", sagt sie der *"Rheinischen Post"* einem Vorabbericht zufolge.

Der **ukrainische Präsident** Wolodymyr Selenskyj verurteilt die **Äußerung des russischen Außenministers** Sergej Lawrow, Adolf Hitler habe jüdische Wurzeln gehabt. "Mir fehlen die Worte... Niemand hat ein Dementi oder eine Rechtfertigung aus Moskau gehört. Alles, was wir von dort hören, ist Schweigen. .... Das bedeutet, dass die russische Führung alle Lektionen des Zweiten Weltkriegs vergessen hat", sagt Selenskyj, der Jude ist, in seiner täglichen Videobotschaft. "Oder vielleicht haben sie diese Lektionen nie gelernt." Von der russischen Vertretung lag zunächst keine Stellungnahme vor (Reuters).

**Wohlhabende Russen** haben einem Zeitungsbericht zufolge ihr Geld in **Immobilien in Dubai** investiert und dabei womöglich auch vor drohenden Sanktionen in Sicherheit gebracht. Das berichtet die *"Süddeutsche Zeitung"* unter Berufung auf ein Abbild des Grundbuchs von Dubai mit Stand von Anfang 2020. Demnach finden sich unter den Eigentümern von Luxus-Apartments und Villen in dem Emirat gut 100 Mitglieder der politischen Elite Russlands, Beamte und russische Geschäftsleute, von denen viele dem Kreml oder auch Präsident Putin nahestehen. Auch Mitglieder der Nationalversammlung Duma und weitere durch die EU, USA und Großbritannien sanktionierte Politiker sowie Oligarchen und deren Familienangehörige hätten dort Eigentum, heißt es in dem Bericht.



**Großbritannien** sagt der **Ukraine** weitere **Militärhilfe** im Volumen von 300 Millionen Pfund zu. Das gibt das Büro von Premierminister Boris Johnson bekannt. Die Regierung in London hat Kiew bereits rund 200 Millionen Pfund an militärischer Unterstützung zur Verfügung gestellt (Reuters).

Der **Chef des staatlichen ukrainischen Energiekonzerns Naftogaz**, Jurij Vitrenko, pocht auf **schärfere Sanktionen der Europäischen Union (EU) und Deutschlands** gegen **Russland**. "Wenn wir über Sanktionen reden, dann brauchen wir vernichtende Sanktionen, solche, die wirklich geeignet sind, Putins Position zu schwächen", sagt Vitrenko dem *Redaktionsnetzwerk Deutschland* (RND). Ein komplettes Embargo Deutschlands gegen russisches Gas und Öl sowie Ölprodukte sei notwendig. "Ein solcher Schritt sollte ein Schock für Russland sein."

**Ungarn** lehnt **Maßnahmen** ab, die seine **Öl- und Gasversorgung** gefährden könnten. Das erklärt Ungarns Außenminister im Sender *RTL*. In Brüssel beraten Vertreter der EU-Staaten derzeit, ob Öl-Importe aus Russland gestoppt werden sollten.

Die **italienische Regierung** hat am Montag ein **milliardenschweres Maßnahmenpaket** verabschiedet, um die **negativen Auswirkungen der Inflation und hoher Energiepreise** auf Unternehmen und Familien abzufedern. Das Paket hat ein Gesamtvolumen von 14 Milliarden Euro, wie Ministerpräsident Mario Draghi mitteilte. Finanziert werden sollen die Maßnahmen zum Teil durch Steuern auf Extragewinne von Energiekonzernen. Italien hat bereits einen Preisrabatt auf Benzin und Diesel beschlossen (Reuters).

## Chemie

Der Kunststoffhersteller **Covestro** senkt seinen **Ergebnisausblick für 2022**. Grund dafür seien der anhaltende Corona-Lockdown in China, weiterhin signifikant steigende Energie- und Rohstoffkosten sowie ein schwächer angenommenes Wachstum der Weltwirtschaft, teilt der Konzern mit. Der operative Gewinn (Ebitda) werde nun zwischen zwei Milliarden Euro und 2,5 Milliarden Euro erwartet. Der bisherige Ausblick ging von einem Ebitda zwischen 2,5 Milliarden Euro und drei Milliarden Euro aus. Der Konsensus erwartete für diese Kennzahl 2,7 Milliarden Euro. Im ersten Quartal 2022 erzielte Covestro ein Ebitda von 806 Millionen Euro, das damit im Rahmen des bisherigen Ausblicks zwischen 750 Millionen Euro und 850 Millionen Euro liege. Das im zweiten Quartal 2022 erzielte Ebitda werde zwischen 430 Millionen und 530 Millionen Euro erwartet (Reuters).

Der kanadische K&S-Rivale **Nutrien** hat im ersten Quartal dank höherer Preise einen Gewinnsprung verbucht. Das Nettoergebnis kletterte auf 1,39 Milliarden Dollar von 133 Millionen Dollar, teilte Nutrien mit. Der Umsatz erhöhte sich um 64 Prozent auf 7,65 Milliarden Dollar (Reuters).

## Gesundheitswesen

Der **Vorstandsvorsitzende der Deutschen Krankenhausgesellschaft (DKG)**, Gerald Gaß, fordert die Verkürzung der **Isolation von Corona-Infizierten** auf fünf Tage mit anschließendem Freitesten für medizinisches Personal vorzuschreiben. "Die Verkürzung der Isolationszeit ist richtig. Wir befürworten auch, dass sich Mitarbeitende in medizinischen Einrichtungen freitesten müssen. Hier ist der Schutz besonders vulnerabler Gruppen wichtig. Das bezieht sich auch auf ambulante Pflegedienste", sagt Gaß der Zeitung *"Rheinische Post"*. Zugleich fordert er ein **Aussetzen der einrichtungsbezogenen Impfpflicht**. "Den Beschäftigten in den Krankenhäusern ist nicht zu vermitteln, warum sie bei fehlender Impfung Tätigkeitsverbote erhalten, während ein Großteil ihrer Covid-Patienten ungeimpft ist."

## Immobilien

In der österreichischen Immobilienbranche steht die nächste Übernahme bevor. Der Wiener Immobilienkonzern **S Immo** habe mit seinem Großaktionär **CPI Property Group** eine Einigung über die angestrebte Übernahme erzielt, wie das Unternehmen am Montagabend mitteilte. Der S-Immo-Vorstand unterstütze nun die Abschaffung der Stimmrechtsbegrenzung in der Satzung der Gesellschaft, um CPI Property die Legung eines Pflichtangebots zu ermöglichen. Im



Gegenzug verbessere die dem tschechischen Milliardär Radovan Vitek zugehörige Firma den angekündigten Angebotspreis um 1,50 je Aktie auf nunmehr 23,50 Euro je Aktie (Reuters).

### Industrie

Der schwäbische Anlagenbauer **Dürr** erwartet bis zum Jahresende Lieferkettenprobleme und senkt seine Prognose. Für 2022 erwarte der Vorstand nun eine EBIT-Marge vor Sondereffekten von 5,0 bis 6,5 Prozent anstelle der bisher angestrebten 6,5 bis 7,5 Prozent. Im Jahr 2021 betrug die Marge 5,6 Prozent, im ersten Quartal 2022 waren es 4,9 Prozent, wie der Hersteller von Lackieranlagen für die Autoindustrie mitteilte. Im zweiten Quartal würden die Lockdowns in China Umsatz und Ergebnis beeinträchtigen (Reuters).

### Öl & Gas

Der **Außenbeauftragte der Europäischen Union** (EU), Josep Borrell, erwartet bei der **anstehenden Sanktionsrunde** des Staatenbundes ein **Öl-Embargo gegen Russland**. Er hoffe, dass die EU in der Lage sein werde, Russlands Energieexporte deutlich zu begrenzen, sagt Borrell. Bisher gebe es noch keine Einigung zwischen allen Mitgliedern. "Ich bin jedoch zuversichtlich, dass zumindest in Bezug auf die Ölimporte bis zur nächsten Ratssitzung eine Einigung möglich sein wird." Die EU-Kommission wird am Mittwoch Vorschläge für ein sechstes Sanktionspaket vorlegen (Reuters).



STEU BING AG  
WERTPAPIERHANDELSBANK



## FAROS Private Markets Database

Die kostenlose Datenbank für institutionelle Investoren

[privatemarkets.faros-consulting.de](http://privatemarkets.faros-consulting.de)

### Kontakt

Steubing AG  
Goethestraße 29  
60313 Frankfurt a. M.  
T +49 69 29716 0  
F +49 69 29716 111  
[info@steubing.com](mailto:info@steubing.com)  
[www.steubing.com](http://www.steubing.com)

### Morning News

Alexander Dietzer  
T +49 69 29716 149  
[alexander.dietzer@steubing.com](mailto:alexander.dietzer@steubing.com)

### Institutionelle Kundenbetreuung

Holger Gewalt  
T +49 69 29716 176  
[holger.gewalt@steubing.com](mailto:holger.gewalt@steubing.com)

Michael Heidn  
T +49 69 29716 131  
[michael.heidn@steubing.com](mailto:michael.heidn@steubing.com)

Wolfgang Schroth  
T +49 69 29716 144  
[wolfgang.schroth@steubing.com](mailto:wolfgang.schroth@steubing.com)

### Sales & Advisory

Adrian Peter Hurler  
T +49 69 29716 158  
[adrian.hurler@steubing.com](mailto:adrian.hurler@steubing.com)

### Haftungsausschuss

Die beigelegten Presseauszüge spiegeln Informationen und Meinungen der jeweiligen Analysten und Redaktionen wider. Neben den Presseauszügen enthält dieses Dokument Informationen, die durch die Steubing AG erarbeitet wurden. Obwohl die Steubing AG sämtliche Angaben und Quellen für verlässlich hält, kann für die Richtigkeit, Vollständigkeit und Aktualität der enthaltenen Informationen keine Haftung übernommen werden. Insbesondere wird für Irrtum und versehentliche unrichtige Wiedergabe, insbesondere in Bezug auf Kurse und andere Zahlenangaben, jegliche Haftung ausgeschlossen. Die Steubing AG übernimmt keine Verpflichtung zur Richtigstellung etwa unzutreffender, unvollständiger oder überholter Informationen.

Dieses Dokument dient lediglich der Information. Auf keinen Fall enthält es Angebote, Aufforderungen oder Empfehlungen zum Kauf oder Verkauf von Wertpapieren oder anderen Finanzinstrumenten. Die in diesem Dokument enthaltenen Informationen stellen keine „Finanzanalyse“ im Sinne des Wertpapierhandelsgesetzes dar und genügen auch nicht den gesetzlichen Anforderungen zur Gewährleistung der Unvoreingenommenheit der Finanzanalyse und unterliegen keinem Verbot des Handels vor der Veröffentlichung von Finanzanalysen. Sie können insbesondere von den von Steubing AG veröffentlichten Analysen von Finanzinstrumenten und ihrer Emittenten (Research) abweichen. Bevor Sie eine Anlageentscheidung treffen, sollten Sie Ihren Anlageberater konsultieren.

Die Informationen in diesem Dokument richten sich ausschließlich an institutionelle Investoren und professionelle Marktteilnehmer; es ist nicht für die Verbreitung an Privatpersonen geeignet. Dieses Dokument ist entsprechend des deutschen Aufsichtsrechts erstellt worden und wird von der Steubing AG nach Maßgabe dieser Vorschriften übermittelt. Ausländische Rechtsordnungen können die Verbreitung dieses Dokuments beschränken. Eine Weitergabe oder Verbreitung dieses Dokuments ist daher nur nach vorheriger ausdrücklicher Zustimmung der Steubing AG gestattet.

Die Steubing AG, die dieses Dokument verbreitet, unterliegt der Aufsicht durch die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht in Deutschland.

© Steubing AG. Alle Rechte vorbehalten.

### Zuständige Aufsichtsbehörde

Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin)  
Graurheindorferstraße 108  
D-53117 Bonn

und

Marie-Curie-Str. 24-28  
D-60439 Frankfurt

